

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 5.— Mk., vierteljährlich 15.— Mk.
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Zeile 1,50 Mk. von auswärts 2.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bel. Tarif, die 3-spaltige Anzeigen 1.— Mk. von auswärts 1,50 Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2946. — Typendruck: Am Spandhaus 6. — Telefon 7200.

Nr. 59

Freitag, den 11. März 1921

12. Jahrgang

Die Wirkung der Sanktionen.

Die neue Zollschranke.

Paris, 9. März. Wie „Havas“ meldet, besagt der Bericht über die Vormittagsitzung der Konferenz ausdrücklich, daß bis auf weiteres der Zoll in dem besetzten Gebiete nach dem gegenwärtigen deutschen Zolltarif erhoben wird.

Berlin, 10. März. Nach Meldungen aus Düsseldorf soll die Befehlskraft der Stadt Hamburg nicht aufrechterhalten werden. Der Kohlenhafen der August-Thyssen-Hütte wird jedoch befehligt bleiben.

Ueber die Wirkungen der Zollbeschlagnahme meldet der „Berliner Lokalanzeiger“ aus Essen, daß sich bereits in den kaufmännischen Kreisen von Deutz eine große Unsicherheit bemerkbar macht. Die rechtsrheinischen Aufträge bleiben aus, bereits gegebene Aufträge werden zurückgezogen. Der bisherige Schaden für Industrie und Handel in Deutz beläuft sich auf Millionen. Aus Rheinland-Westfalen wird der fast völlige Stillstand der Ausfuhrgeschäfte gemeldet.

Ludwigshafen, 10. März. Tausende von Personenkraftwagen, Lastautos, Wagen usw. beladen gestern und heute die zur Rheinbrücke führenden Straßen, um vor der Errichtung der neuen Zollgrenze nach Waren über den Rhein zu bringen. Manche Straßen waren mit Gefährten aller Art derart vollgefüllt, daß polizeiliche Absperrungen und zeitweise Einstellung des Straßenbahnverkehrs notwendig wurde.

Kaiserslautern, 10. März. Ueber sämtliche Zeitungen der Pfalz ist heute die Vorzensur verhängt worden.

Reichsminister Dr. Simons erstattete gestern vormittag im Kabinett Bericht über die Londoner Verhandlungen. Das Kabinett hat einstimmig die Haltung der deutschen Delegation gebilligt. Gestern nachmittag erläuterte Simons den Verlauf der Londoner Konferenz in einer vertraulichen Sitzung des Reichstagsausschusses für auswärtige Angelegenheiten. Die Aussprache im Reichstag darüber wird voraussichtlich am Sonnabend stattfinden.

Kritik eines englischen Arbeiterführers an der Londoner Gewaltpolitik.

London, 10. März. Lloyd George teilte im Unterhause mit, daß die Gesetzesvorlage betreffend die 50 prozentige Abgabe auf deutsche Einfuhrwaren am Freitag im Unterhause eingebracht werden soll. Es sei sehr richtig, das Gesetz sobald wie möglich in Kraft treten zu lassen. In der Diskussion führte der Arbeiterpartei-er Clynne aus: Der letzte Beschluß der Alliierten sei eine Frage der auswärtigen Politik, die an Bedeutung hinter keiner seit Beendigung des Krieges entstandenen Frage zurückstehe. Die Ansicht der Arbeiterpartei sei, daß keineswegs alle Mittel erschöpft wurden, um eine Lösung auf dem Wege eines Uebereinkommens zu erreichen. Die Arbeiterpartei sei der Ansicht, daß die Anwendung von Sanktionen wahrscheinlich die furchtbaren wirtschaftlichen Schwierigkeiten Englands nur noch erhöhen werde. Die bisher angewandten Maßnahmen machten Deutschland unfähig zu zahlen. Unter dem Beifall der Opposition fragte Clynne, wieviel von diesen letzten Beschlüssen auf Rechnung Frankreichs, und wie wenig davon auf Rechnung Englands komme. Clynne forderte Aufschluß darüber, weshalb die Regierung keine Schritte getan habe, um einem von den beiden deutschen Vorschlägen zuzustimmen. Er sagte, er stimme nicht mit Lloyd George darin überein, daß der Vorbehalt mit Bezug auf Oberschlesien es unmöglich mache, eine vorläufige Regelung in Betracht zu ziehen. Die gesamte Lage bezüglich Oberschlesiens sei das stärkste Argument zugunsten einer vorläufigen Regelung. Für die bisherige Verzögerung seien die Alliierten zum Teil selbst verantwortlich. Hätte Lloyd George nicht warten können, als die Deutschen um eine weitere Woche bat? Das Geld könne niemals durch militärische Maßnahmen eingetrieben werden. Wir haben den Krieg gekämpft, um den Krieg ein Ende zu machen. Wir bekommen jedoch einen Frieden, der weitere Kriege zur Gewissheit macht. Clynne fragte, ob denn der Völkerverbund so schadhaft sei, daß er diese materiellen und finanziellen Schwierigkeiten zwischen Deutschland und den Alliierten nicht zu behandeln vermöge. Bei einer Frage dieser Art hätte auch Amerika als Schiedsrichter angerufen werden können. Die Verantwortung für die bisherigen Schritte habe jetzt die Regierung zu übernehmen.

Französischer Terror bei der oberschlesischen Abstimmung.

Berlin, 10. März. Nachrichten aus Duisburg zufolge erschweren die französischen Besatzungsbehörden in dem neu-

besetzten Gebiet, besonders in Duisburg, die Tätigkeit der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier. Die Bureaus und Auskunftsstellen der Verbände sind von den Franzosen aufgelöst worden. Auch die Fahrt zur Abstimmung wird von den Franzosen gestört. Die Reichsregierung hat sowohl bei der interalliierten Kommission in Oppeln als auch in Paris gegen das Vorgehen der französischen Besatzungstruppen Protest erhoben.

Wie die „Tägl. Rundschau“ aus Beuthen meldet, leisten in mehreren Städten Oberschlesiens französische Soldaten den Polen Wahlfürsorge. In Larnowitz lebten französische Soldaten polnische Plakate an das Haus der deutschen Plebisziturbureaus. Der englische Kreisinspektor ließ die Soldaten zur Wache führen, wo der Vorgang zu Protokoll genommen wurde. Auch in Hindenburg versahen französische Soldaten in Uniform mit Stöcken polnischer Plakate unter den Armen Helfersdienste für die Polen.

Die Schicksalsfahrt nach Oberschlesien.

Berlin, 10. März. Die Transportbewegung der Abstimmungsberechtigten nach Oberschlesien nimmt ihren planmäßigen Fortgang. Bis zum 10. März, abends 8 Uhr, sind alle Züge in ihren Abstimmungsorten im Abstimmungsgebiet entweder fahrplanmäßig oder nur mit ganz geringen Verspätungen eingetroffen. Die Weiterbeförderung der Stimmberechtigten in ihre Unterkunftsorte im Abstimmungsgebiet mit Wagen und Autos verlief ebenfalls reibungslos.

Breslau, 10. März. Die „Schlesische Volkszeitung“ meldet aus Warschau: Der Kriegsminister stimmt der Errichtung von 17 neuen Garnisonen in Posen zu. 14 befinden sich in der unmittelbaren Nähe der oberschlesischen Grenze.

Die Aufstandsbewegung in Rußland.

London, 10. März. Wie der „Times“ aus Riga gemeldet wird, ist nach einem offiziellen Bericht Petersburg mit Ausnahme zweier Bahnhöfe in den Händen der Aufständischen. Die roten Truppen sollen schwere Verluste erlitten haben.

Kopenhagen, 10. März. Ein Telegramm aus Helsingfors besagt: Die Zeitung „Helsingin Sanomat Terijoki“ meldet vom Mittwoch abend, daß die Batterien von Kronstadt im Laufe des Tages die Küsten von Petersburg und Tarowsta mit schweren Geschützen beschossen haben. Das Blatt meldet weiter: Erste Forderung der Gegenrevolutionäre sei, daß alle das Recht haben sollen, an den neuen Wahlen zu den Sowjeträten teilzunehmen. Es wird die Mitwirkung aller Arbeiter und der arbeitenden Intelligenz in der Regierung gefordert. Die Forderung der Einberufung einer konstituierenden Versammlung sei bisher nicht erhoben.

London, 9. März. Nach den letzten hier eingetroffenen Meldungen sollen Trozki und Sinowjew ihr Hauptquartier in der Peter-Paul-Festung aufgeschlagen haben, wohin auch General Brussilow berufen sein soll, der zum Oberbefehlshaber ernannt wurde.

Leinert wieder Präsident des preußischen Landtags.

Berlin, 10. März. In der heutigen Eröffnungssitzung des neugewählten Preussischen Landtages wurde der bisherige Präsident, der Sozialdemokrat Leinert, mit 357 von 406 abgegebenen Stimmen wieder zum Präsidenten gewählt. In Vizepräsidenten wurden durch Zufall wiedergewählt Dr. Porck (Zentrum), v. Kries (Dnsl.) und Garnich (Dt. Vp.).

Berlin, 10. März. Aus Anlaß des heutigen Zusammentritts des neugewählten preussischen Landtags hat das preussische Ministerium seine Entlassung gegeben. Es führt die Amtsgeschäfte bis zum Amtsantritt des neuen Ministeriums.

Internationale Gewerkschaftsdelegierte in Berlin festgehalten.

Berlin, 10. März. In der gestrigen Nacht wurden infolge eines bedauerlichen Mißverständnisses verschiedene Mitglieder der interalliierten Gewerkschaftskommission auf der Rückreise von Oberschlesien auf einem hiesigen Bahnhof von einem Beamten des Eisenbahnüberwachungsdienstes festgenommen und dem Polizeipräsidium zugeführt. Hier wurde der Irrtum sofort aufgeklärt! Die Herren wurden unerschrocken entlassen und mittels zur Verfügung gestellter Kraftwagen in ihre Hotels befördert.

Dieser angebotene Irrtum scheint uns wieder einmal eine der berühmten groben nationalpreussischen Ungeschicklichkeiten darzustellen. Soll man sich da noch wundern, wenn im Ausland nach mir vor ein starkes Mißtrauen gegen die deutschen Regierungs- und Verwaltungsmethoden besteht?

Der finanzielle Ertrag der Zwangsmassnahmen.

Von Dr. Karl Landauer (München).

Die Zwangsmassnahmen sollen nicht nur eine Strafe für Deutschland darstellen, sie sollen in erster Linie den Alliierten die Wiedergutmachung verschaffen, die ihnen angeblich der schlechte Wille Deutschlands vorenthält.

Was können die Alliierten aus den verschiedenen Zöllen herausbringen, die sie jetzt für eigene Rechnung erheben wollen? Drei Gruppen von Zolleinnahmen kommen in Betracht: 1. die deutschen Außenzölle an der Westgrenze des besetzten Gebietes, 2. die Zölle an der neu zu errichtenden Binnenzollgrenze zwischen besetztem und unbesetztem Gebiet, 3. die Strafzölle, die auf deutsche Produkte bei deren Einfuhr in alliiertes Gebiet erhoben werden sollen.

Der Gesamtertrag an deutschen Zöllen ist im Vorschlag für 1920 (genaue Ziffern des tatsächlichen Ertrages sind zurzeit noch nicht erhältlich) mit 2 1/2 Milliarden Papiermark vorgegeben. Nehmen wir an, daß davon vier Fünftel an der Westgrenze anfallen, was jedenfalls viel zu hoch ist, und daß eine etwaige Steigerung während des kommenden Wirtschaftsjahres durch teilweise Umleitung des Verkehrs infolge der Entente-massnahmen ausgeglichen würde, so blieben den Alliierten als Jahresertrag der Zollbeschlagnahme an der Außengrenze 2 Milliarden Papiermark oder rund 200 Millionen Goldmark. Was die Alliierten an der Binnengrenze erheben könnten, läßt sich natürlich vor Bekanntgabe der Zollsätze nicht bestimmen. Allein, welche Bestimmungen sie auch erlassen mögen, auf keinen Fall werden sie mehr herauswirtschaften können, als eine Verdoppelung der an der Außengrenze erhobenen Summe. Schon diese Annahme erscheint geradezu phantastisch; sind nämlich die Zollsätze an der Binnengrenze höher als an der Außengrenze, so würde das besetzte Gebiet gezwungen, den Großteil seines Bedarfs vom Ausland zu beziehen, wobei nur die niedrigen Außenzölle zu bezahlen wären. Sind dagegen die Binnenzölle nur ebenso hoch wie die Zölle an der Außengrenze oder gar noch niedriger, so können sie nicht so viel einbringen wie jene; denn es ist doch klar, daß bei gleichen Zollsätzen aus dem Handel des besetzten Gebietes allein weniger herauswirtschaften ist als aus dem Handel des ganzen Gebietes der deutschen Republik, auch wenn man in Rücksicht stellt, daß der Handel an einer Binnengrenze infolge der bisher bestehenden engen wirtschaftlichen Verknüpfung an sich lebhafter sein wird als an der Außengrenze. Machen wir immerhin, aller Wahrscheinlichkeit zum Trost, die Annahme, daß aus dieser Binnenzolllinie weitere 200 Millionen Goldmark herauswirtschaften seien, so kommen wir im ganzen auf 400 Millionen Goldmark jährliche Einnahme für die Alliierten aus Außen- und Binnenzolllinie.

Rum kommt der interessanteste Punkt in den Straf-massnahmen, die Sonderabgaben, die für die Einfuhr deutscher Waren in die Gebiete der Ententeländer erhoben werden sollen. Im Gegensatz zu manchen anderen Entente-plänen dürfte dieser Gedanke des ungeteilten Beifalles in den neutralen Staaten sicher sein, zum mindesten in jenen, die an Deutschland angrenzen. Wenn diese Abgaben einigermaßen ausgiebig bemessen werden (und sonst ist über ihre finanzielle Bedeutung natürlich überhaupt kein Wort zu verlieren), dann würde bei der gegenwärtigen Welt-marktlage der direkte deutsche Handel mit den Ententeländern in allen jenen Waren, bei denen diese nicht unbedingt auf Deutschland angewiesen sind, so gut wie ganz aufhören; um so schwunghafter würde wohl das Vermittlungsgeschäft der Neutralen werden. Wie will die Entente kontrollieren, ob eine Maschine, die von Rotterdam nach England verschifft oder von einem französischen Kaufmann in Zürich gekauft wird, deutschen Ursprungs ist oder nicht, wenn der schweizerische oder holländische Lieferant und vielleicht auch der französische oder englische Abnehmer kein Interesse hat, ihr darüber eine Kontrolle zu ermöglichen? Im Kriege konnten solche Umgehungen der Handelsblockade durch schwarze Listen, Zwangsstrukt und dergleichen halbwegs unterbunden werden, aber gibt es einen Menschen von gesundem Sinnen, der an die Möglichkeit glaubt, solche Dinge 2 1/2 Jahre nach Beendigung des Krieges wieder einzuführen? Bei einem sehr großen Teil der bisherigen deutschen Ausfuhr wird nur die eine Veränderung eintreten, daß Holländer und Schweizer auf Kosten der deutschen Lieferanten, aber auch mindestens ebenso sehr auf Kosten der Bezüher in den Ententeländern, Gelegenheit zu ausgiebigen Zwischengewinnen erhalten. Beim Rest der deutschen Ausfuhr, soweit nämlich für das Ausland unentbehrliche Lieferungen in Betracht kommen (zum Beispiel gewisse Chemikalien, insbesondere Farben), wird der deutsche Lieferant nicht nötig haben, auch nur einen Teil des Straf-zolles in Form einer Vermittlungsgebühr an neutrale

Zwischenhändler zu tragen, sondern er wird einfach den Erkauf auf den Preis schlagen, und es wird dann der interessierte Fall eintreten, daß ein Teil der deutschen Wiedergutmachung von der Konsumenten der Ententeländer getragen wird, oder richtiger ausgedrückt, da ja die erhobenen Summen in der Hauptsache Frankreich zugute kommen, daß der englische und italienische Konsument sein Scherlein zum Wiederaufbau Frankreichs beiträgt. Jedenfalls wird der eine Teil der deutschen Ausfuhr nach den Ententeländern aufhören, der andere wird sich in neutralen Zwischenhandel verwandeln, und der dritte wird auf Kosten der Abnehmer gehen, so daß für das, was auf diese Weise die Entente von den Deutschen herausziehen kann, eigentlich jede zinsfreie Annahme zu hoch ist. Nehmen wir immerhin, um die gleiche Vergleichbarkeit mit bei den anderen Positionen zu betonen, 100 Millionen dafür an, so erhalten wir als Gegenwert der Strafmaßnahmen die Summe von 600 Millionen Goldmark pro Jahr, das ist genau die Hälfte dessen, was Deutschland als freiwillige Jahresleistung schon für die nächsten Jahre angeboten hat. Nimmt man nun an, daß die Allierten ihre Zwangsmaßnahmen des Jahres lang aufrechterhalten würden, so daß man die Einnahme von einer halben Milliarde jährlich gleichsam als Abzahlungssrate der Wiedergutmachungsschuld betrachten könnte, dann würde sich für die bei Aufrundelegung eines Anstiches von 5 Prozent für die zu gewinnende Entschädigung ein Gegenwert von rund 7 1/2 Milliarden, bei Aufrundelegung eines Anstiches von 8 Prozent ein Gegenwert von rund 8 1/2 Milliarden ergeben während Deutschland in London bekanntlich Leistungen im Gegenwert von dreißig Milliarden angeboten hat.

Was lehrt das Ergebnis dieses gewiß ganz rohen, aber für die Entente wahrscheinlich noch viel zu günstig berechneten Ueberblickes? Zunächst natürlich, daß die Strafmaßnahmen, mittelstlich betrachtet, ein ganz außerordentlich schlechtes Geschäft sind. Die Entente wird einleihen müssen, was ihr so mit hinreichender Deutlichkeit bereits gesagt worden ist, daß sie mit Gewalt aus Deutschland sehr viel weniger herausquetschen kann, als ihr von Deutschland zur Erfüllung des Friedensvertrages freiwillig angeboten worden ist. Aber noch etwas anderes können wir daraus entnehmen. Frankreich braucht Geld, sein Staatshaushalt ist nicht abzugleichen, wenn es nicht auf Reparationskonten als bald beträchtliche Summen bereitstellt. Das aber, was es durch die Zwangsmaßnahmen erhalten kann, ist für seine finanziellen Bedürfnisse völlig ungenügend. Wenn jetzt daher wirklich die wirtschaftlichen „Sanktionen“ in Kraft treten, so wird in kurzer Zeit sich Frankreich doch wieder genötigt sehen, eine Verständigung mit Deutschland anzustreben.

Die Abstimmung in Oberschlesien und die Arbeiterschaft.

Genosse Theodor Pelpart, der Nachfolger Karl Legiens als Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, veröffentlicht zur Abstimmung in Oberschlesien die nachstehenden bemerkenswerten Ausführungen:

Doch Oberschlesien bei Deutschland bleiben muß, ist eine zwingende Notwendigkeit, sowohl für Deutschland wie für Oberschlesien selbst. In Polen sind gewaltige Bodenschätze nachgewiesen, die nur der Ausbeutung harren. In Deutschland ist dies jedoch nicht der Fall und deshalb ist es durchaus notwendig, daß die Bodenschätze Oberschlesiens zur Verfügung Deutschlands bleiben, weil das deutsche Volk sonst einen Schaden erleiden würde, den es auf keine Weise erlegen könnte. Aber auch dem ober-schlesischen Arbeiter kann es nicht einseitig sein, ob er künftig unter polnischer oder unter deutscher Regierung stehen wird. Doch die deutschen Arbeiterschaft und Arbeiterverbände sind trotz ihrer großen Vorzüge gegenüber denen anderer Länder noch immer nicht den Forderungen der deutschen Arbeiterschaft genügen, ist bekannt. Wir deutschen Gewerkschafter kämpfen dafür, daß sie noch weiter ausgebaut und vervollkommen werden. Unsere ganze gewerkschaftliche Tätigkeit beweist dies. Am neuen Deutschland sind uns dafür nach größere Möglichkeiten geboten als früher, weit größere jedenfalls als der polnischen Arbeiterklasse in einem Staate, der doch ganz von der Entente und besonders von Frankreich ausgehalten wird, und der kaum lebensfähig bleiben wird, sobald diese Staaten ihm eines Tages ihre Unterstützung entziehen werden. Das Gleiche gilt auch von den Möglichkeiten weiterer Fortschritte auf dem eigentlichen Hauptgebiet unserer gewerkschaftlichen Tätigkeit, der weiteren Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, der Entwicklung der Tarifverträge, der Sicherung des Achtundzestages usw.

Die deutschen Gewerkschaften haben in den vergangenen Jahrzehnten für die Arbeiterschaft in Oberschlesien große Opfer gebracht. Es war dort ein steiniger Boden für die gewerkschaftliche Organisation, und lange Jahre hat es gedauert bis allmählich auch in Oberschlesien die Gewerkschaften stark genug waren, um die frühere skranke Wälfürherrschafft des Unternehmertums zu brechen. Gestützt auf den starken Rückhalt, den die organisierte Arbeiterschaft im übrigen Deutschland ihnen bot, haben denn auch die ober-schlesischen Arbeiter manche Vorteile für sich und ihre Familien erringen können. Diesen Rückhalt an den großen und starken Verbänden in Deutschland, die es in Polen vorerst nicht gibt, und die in der gleichen Größe und Stärke dort wohl nie zustande kommen werden, wird die Arbeiterschaft in Oberschlesien auch in Zukunft dringend nötig haben.

Darum kann die Entscheidung darüber, ob bei der bevorstehenden Volksabstimmung in Oberschlesien für Deutschland oder für Polen zu stimmen ist, für keinen Arbeiter in Oberschlesien zweifelhaft sein, der es mit sich selber und mit seinen Nachkommen gut meint.

Zugkontrolle in Oberschlesien

Breslau, 9. März. Ueber den Verkehr mit Oberschlesien teilt die Eisenbahndirektion mit: In der Zeit vom 8. bis 31. März wird in den Schnell- und Personenzügen des

Öffentlichen Verkehrs zur Unterbindung von Waffenschmuggel auf den Übergangsstationen des ober-schlesischen Abstimmungsgebietes eine scharfe Durchsuchung des Gepäcks der Reisenden stattfinden. Das reisende Publikum wird ersucht, sich auf den Übergangsstationen mit den Schlüssel zum Gepäck am Packwagen einzufinden und auf der Zielstation das Gepäck möglichst bald abzuholen. Es empfiehlt sich ferner, daß die Reisenden bei Fahrten möglichst mit demselben Zuge reisen, mit dem das Gepäck befördert wird. Als Übergangsstationen kommen Deutsch-Rasselwitz, Comprachschütz, Oppeln, Boppellau, Damm, Roldau und Krobusch in Frage. Eine Einschränkung des öffentlichen Personenverkehrs ist von der Eisenbahnverwaltung nicht in Aussicht genommen. Abstimmungsgebietliche, die auf Grund von Fahrplänen des deutschen Schutzbundes in Sonderzügen oder Zügen des öffentlichen Verkehrs nach dem ober-schlesischen Abstimmungsgebiet fahren, dürfen kein Reisegepäck zur Beförderung im Packwagen aufgeben. Ohne ist nur die Mitnahme von Handgepäck in die Abteile der Personenwagen gestattet.

Kontrolle der Abstimmungsberechtigten in Oberschlesien.

Oppeln, 8. März. Die Interalliierte Kommission hat eine Anweisung erlassen über die Kontrolle der von auswärts in das Abstimmungsgebiet einreisenden Stimmberechtigten. In der Zeit der Abstimmung wird diese Kontrolle an den Grenzüberwachungsstellen unter den Bedingungen der Verordnung über das Passwesen vom 17. Mai 1920 gehandhabt. Stimmberechtigte, die sich bei als Passagierschein geltenden Wahlkarte bedienen, müssen also an einer durch diese Verordnung festgelegten Ueberwachungsstelle einreisen. Das sind allerdings sämtliche Eisenbahnen und wichtigen Landstraßen sowie der Wasserweg der Oder.

Immer noch Vorbereitungen für einen neuen Kapp-Putsch.

Ein glücklicher Zufall legt unsere reichsdeutsche Parteipresse in den Besitz der 4. Seite der „Orgel-Korrespondenz“ Nr. 104, auf der mit erschreckender Deutlichkeit die planmäßigen Rüstungen für eine deutsche Gegenrevolution darzulegen werden. Das Blatt beschäftigt sich zunächst mit der besonders interessanten Frage der Bewaffnung; hierüber heißt es: „Die meisten unserer Leute sind schon jetzt im Besitze von Feuerwaffen. Wer Gelegenheit hat, eine brauchbare Waffe zu kaufen oder zu erlangen, kann dieselbe gegen Quittung kaufen und sich den Betrag beim zuständigen Bezirkshauptmann gegen die Ablieferung der Waffe zurückerhalten lassen. Auch wer bereits im Besitze einer Waffe ist, hat jede Gelegenheit zum Ankauf einer solchen zu wahrzunehmen. Zuerst käufliche Leute können mehrere Waffen in ihre Obhut nehmen und haben diese selbstverständlich am Handlungspunkte an den Sammelplatz mitzubringen. Die selben Vorschriften gelten für den Erwerb von Munition. Bei nicht ausreichender Bewaffnung lassen sich die Bezirkshauptmänner mit der Reichswehr und der grünen Polizei in Verbindung setzen. Bei gänzlichem Fehlen von Munition sollen die Postadressen angegeben werden.“

Ueber die Verflechtung im Augenblicke des Reichstages werden folgende höchst charakteristische Ausführungen gemacht: „Eine Befürchtung der Aneignung von allgemeinen Lebensmitteln braucht nicht gehegt zu werden, da ähnlich wie beim Kapp-Unternehmen die uns ange-schlossenen Bauernschaften, Großgrundbesitzer und Großkaufleute Lebensmittel zu billigen Preisen alsbald auf den Markt bringen werden. Weitere Bestimmungen werden über die Unterbringung der Mannschaften getroffen; über die Ausrüstung heißt es schließlich: „Sämtliche sind die Bestände der Reichswehr und grünen Polizei nach Einvernehmen mit den örtlichen zuständigen Stellen anzuweisen. Jeder Mann hat am linken Arm eine schwarz-weiße Binde zu tragen.“

Und diese Anweisungen werden in einer Zeit erteilt, in der die gewissenhafte Ausführung der Entmännungsverpflichtung eine Schlüsselfrage für das deutsche Volk geworden ist. Genau dieselben Kreise aber, die hinter diesen und ähnlichen Vorbereitungen stehen, bringen es, ohne Schamrot zu werden, fertig, angelehnt der neuen Gewaltmaßnahmen der Entente das verlogene Schlagwort von der „nationalen Einheitsfront“ aufzuführen.

Sapieha über die polnisch-rumänische Annäherung.

D. E. Der aus Bukarest hierher zurückgekehrte polnische Außenminister Sapieha sprach sich gegenüber Pressevertretern über die Ergebnisse seiner Reise und die Bedeutung der polnisch-rumänischen Annäherung aus. Er hob dabei die Wichtigkeit der Transilvanien-Denzig-Brücke hervor und sprach die Hoffnung aus, daß Rumänien den polnischen Standpunkt in der ostgalizischen Frage unterstützen werde. Man rechnet in Polen offenbar auf den rumänisch-ukrainischen Gegensatz wegen Besarabiens. Sapieha führte ferner aus, daß der polnisch-rumänischen Entente der Vorrang vor der „kleinen Entente“ gebühre, doch aber beide Kombinationen einander angehen werden könnten. Nach Ansicht hiesiger unterrichteter Kreise hätte Sapieha, wenn er es gewünscht hätte, noch engere Verbindlichkeiten Rumäniens erzielen können als es tatsächlich geschah, da bei den gegenwärtigen Verhandlungen Rumänien als der interessierte Teil angesehen werden könnte, dem die Entente den Verlust Besarabiens schwerer als denjenigen einiger mehrnennenswerter Gebiete an der Westfront, die es an Polen hat abtreten müssen. Der nächste rumänische Bund russischerseits wird daher eher auf Rumänien gerichtet sein, weswegen die polnisch-italienische und dementsprechend die polnisch-französische Annäherung als unnütze Maßnahme

„Was nun, liebe Danziger Volkstimme?“

Diese Frage richtet die Danziger „Freiheit“ an uns. Sie glaubt nämlich — o ahnungsvoller Engel! — unsere Kennzeichnung ihrer Veröffentlichung des gefälschten Ged-Briefes durch den über-schlauen Hinweis darauf entkräften zu können, daß das Original des Briefes sich im Besitze von Moritz Leberer befindet. Damit sagt uns die „Freiheit“ absolut nichts Neues. Aber dies „Original“ wird wohlweislich von seinem Besitzer der Öffentlichkeit vorenthalten, weil eine Prüfung sofort den Charakter der Fälschung offenbaren müßte. Zum mindesten ist also die unabhängige Presse einer groben Irreführung zum Opfer gefallen. Wenn wir ihr also eine gewisse Gutgläubigkeit zugute halten wollen, so kann uns doch ihre Kritikalität nur ein vergnügtes Lächeln entlocken.

Der Wohnungsneubau in Deutschland.

Berlin, 8. März. Aus dem Reichsarbeitsministerium wird geschrieben: Nach neueren Angaben der Länder, die allerdings noch nicht ganz vollständig sind, ist die Zahl der seit Kriegsende begonnenen und fertiggestellten Wohnungen (Dauer-, Behelfs- und Notwohnungen) größer, als bisher geschätzt wurde. Danach ist etwa mit folgenden Zahlen zu rechnen: 1. in Angriff genommen sind rund 210 000 Wohnungen, davon rund 60 000 Not- und Behelfswohnungen. Von diesen Wohnungen entfallen auf Orte über 100 000 Einwohner etwa 35 Prozent, auf Orte von 20 000 bis 100 000 Einwohner etwa 19 Prozent, auf Orte von 2000 bis 20 000 Einwohner 28 Prozent, auf Orte unter 2000 Einwohner 18 Prozent; 2. fertiggestellt waren am 1. Oktober 1920 rund 150 000 Wohnungen. Diese Zahl dürfte sich bis zum 21. Dezember 1920 um rund 15 000 vermehrt haben, so daß etwa mit 165 000 vollendeten Wohnungen gerechnet werden kann. Die oben angeführten Zahlen müssen einstellweilen unter Vorbehalt gegeben werden. Endgültige Angaben sind erst nach Eingang sämtlicher Unterlagen möglich.

Die französischen und belgischen Scharfmacher verhindern die Belagerung des Luxemburger Generalstreiks.

Köln, 8. März. Wie die „Kölnische Zeitung“ aus Luxemburg meldet, widerrief auf Betreiben Frankreichs und Belgiens die luxemburgische Regierung ihren Erlass vom 8. Oktober für die Errichtung von Arbeiterausschüssen (Betriebsräten) in den gewerblichen Betrieben. Die Arbeiterabteilungen brachten darauf die Verhandlungen mit der Regierung ab. Die Ausgangslage bleibt unverändert.

Volkswirtschaftliches.

Die Entschädigung der Reedereien. Das Abkommen, das zwischen der deutschen Reichsregierung und den Reedereien wegen Ertrag der Kriegsschäden abgeschlossen worden ist, gibt die Gesamtsumme, die das Reich zu zahlen haben wird, auf 11,97 Milliarden an, und zwar setzt sich diese Summe folgendermaßen zusammen: 6,6 Milliarden, die schon im Jahre 1919, ferner 8,17 Milliarden, die im Jahre 1920 den Reedereien zur Verfügung gestellt wurden, weiter ein noch vorhandener, im Besitze der Reederei-Treuhand-Gesellschaft befindlicher Fonds von 3,5 Milliarden und 4,2 Milliarden, die vom Reichstage bewilligt werden sollen. Mit der Summe von 11,97 Milliarden verpflichten sich die Reederei mindestens ein Drittel der früheren Handelsflottentonnage, das sind 2,5 Millionen Tonnagen Tragfähigkeit, zu bauen, davon mindestens 90 Prozent auf deutschen Werften. Die Reederei verpflichten sich weiterhin, daß mindestens 25 Prozent aller deutschen Reederei dem Verträge zustimmen. Ist dies nicht der Fall, so können sowohl das Reich wie auch die Reederei von dem Verträge zurücktreten. Der Durchschnittspreis für den Bau einer Tonne Schiffsraum wird mit etwa 4000 Mark angenommen. Sollte sich dieser Preis im Laufe der ersten fünf Jahre, in denen das Bauprogramm durchgeführt werden soll, so weit erniedrigen, daß mit den 11,97 Milliarden mehr als 30 Prozent der früheren Handelsflottentonnage wieder aufgebaut werden kann, so sind die Reederei verpflichtet, 2 Milliarden Mark an das Reich wieder zurückzugeben.

Die Konsumgenossenschaften in England und in Deutschland.

Es ist für die Beurteilung der konsumgenossenschaftlichen Entwicklung wertvoll, die englischen Konsumgenossenschaften, ihre Mitgliederzahl, ihren Umsatz und ihr Betriebskapital mit den deutschen in Vergleich zu bringen. Allerdings besteht sich die vorliegende Statistik auf das Jahr 1916, gibt aber doch einen geeigneten Maßstab. Was zunächst die Mitgliederzahl anbelangt, so standen die deutschen Konsumgenossenschaften verhältnismäßig nicht weit hinter den englischen: 2 1/2 Millionen in England gegen 2 1/4 Millionen in Deutschland, also in England rund ein Drittel mehr Mitglieder, als bei uns. Betrachtet man aber den Umsatz, so ändert sich das Verhältnis sofort zu unseren Ungunsten. Für England ergibt sich ein Umsatz von 2,4 Milliarden Schilling im Jahre 1916 gegen 680 Millionen Mark in Deutschland, mithin ist der Umsatz der englischen Konsumgenossenschaftler rund viermal größer als der der deutschen. Noch frappanter ist das Verhältnis bei den Geschäftsguthaben: in England 848 Millionen Schilling, in Deutschland nur 49 Millionen Mark. Oder: in England hat jedes Mitglied ein Guthaben von durchschnittlich 268 Schilling, in Deutschland aber nur von 19 Mark. Was hingegen die Reserven anbelangt, so sind die deutschen Konsumgenossenschaften verhältnismäßig wieder besser lundiert als die englischen: hier werden 40 Millionen Mark ausbezahlt gegenüber 68 Millionen in England, ferner an Vertriebskapital 109 Millionen Mark gegen 123 Millionen in England. In Berücksichtigung muß man ziehen, daß der Durchschnittslohn des englischen Arbeiters damals wesentlich höher war als der des deutschen Arbeiters, wobei die Entwertung der Mark nicht in Rechnung gezogen werden kann. Aber es ist bemerkenswert, daß der englische Konsumgenossenschaftler um das Dreifachfache mehr in seiner Genossenschaft kauft, als der deutsche. Der Grund hierfür liegt nicht bloß in den höheren englischen Löhnen, sondern auch noch darin, daß die englischen Konsumgenossenschaften hinsichtlich der Eigenproduktion und der Warenverteilung weitgehend unabhängig sind von den deutschen. Es ist deshalb zu erwarten, daß die Entwicklung unserer deutschen Konsumgenossenschaften in ähnlicher Richtung geführt wird wie die englischen, wobei allerdings in erster Linie auf eine wertvolle Verwertung des Betriebskapitals hinzuwirken werden muß.

Senatsgehälter und Beihilfen für Invalidenrentner.

20. Sitzung des Danziger Volkstages

Donnerstag, den 10. März 1921.

Nach Eröffnung der Sitzung um 3 Uhr durch den Präsidenten Nathoel wird folgende Erklärung

gegen die herabsetzenden Anträge Rahns

vom Genossen Reel abgegeben:

Nach dem von mir eingebrachten Stenogramm der Rede des Abgeordneten Rahns in der letzten Vollversammlung hat dieser in bezug auf meine Person erklärt: 1. Ich hätte nicht so viel Zeit, um in einem Obergericht mitzuarbeiten zu können. 2. Ein Arbeitersekretär sei viel zu dumm, um in einem Obergericht mitzuarbeiten. 3. Ich rigne mich viel besser dazu, auf der Straße Leute, mit denen ich einmal ein Glas Wein getrunken habe, zu verleumden.

Zu Punkt 1 und 2 habe ich zu erklären, daß der Abgeordnete Rahns mich persönlich nicht beleidigen kann. Er kann eben nicht anders, als jenen ihm Widersprechenden anzupöbeln und ist dieses wahrscheinlich auf einen geistigen Defekt zurückzuführen. Daß der Abgeordnete Rahns aber jeden Arbeitersekretär für zu dumm erklärt, in einem Gericht mitzuarbeiten, beweist nur, daß der Abgeordnete Rahns seinen blaffen Schimmer von den Arbeiten eines Arbeitersekretärs hat. Wenn diese Leute, die ständig mit Gerichten und Gesetzen zu tun haben, nicht fähig sein sollen, in einem Gericht mitzuarbeiten, dann dürfte nach Ansicht Rahns überhaupt kein Arbeiter beschäftigt sein, in einem Gericht mitzuarbeiten. Ich wundere mich nur, daß die Kommunisten demnach danach streben, an Stelle der bestehenden Gerichte Volksgerichte zu setzen. Nach den Anschuldigungen Rahns muß ich demnach solche kommunistischen Anträge als glatte Rombe bezeichnen. Zu Punkt 3 ist zu bemerken, daß es mir gar nicht eingefallen ist, jemanden auf der Straße zu verleumden, am allerwenigsten den Abgeordneten Rahns, mit dem ich einmal vor länger als 1 1/2 Jahren ein Glas Wein getrunken habe. Daß Verleumdung befragt der Abgeordnete Rahns, wie aus seiner vorgetragenen Rede zu entnehmen ist, habe ich viel besser, und im Übrigen sei noch gesagt, daß ich mit einem Menschen, der soviel Dreck am Stecken hat wie Rahns, wie das hier in diesem hohen Hause festgestellt ist, es aus politischen Meinlichkeitsgründen ablehnen muß, mich mit ihm in einem weiteren Diskurs einzulassen. Es folgt sodann die

Rechtsaufklärung über 54 Eingaben.

Zur Eingabe Nr. 58, in der der Landesverband der Gastwirte im Freikantonsgebiet gegen die Errichtung eines Stellennachweises für Musiker protestiert, beantragt Genosse Reu, diese Eingabe zurückzuweisen, anstatt dem Senat zur Berücksichtigung zu empfehlen. Er weist zu diesem Antrag darauf hin, daß sowohl der Arbeitslosigkeit als der Schmutzkonkurrenz im Musikerberuf entgegengearbeitet werden müsse. Dies sei nur durch einen öffentlich-rechtlichen Stellennachweis möglich. Gegen die Stimmen der Linken wird dieser Antrag abgelehnt und geht die Eingabe an den Senat zur Berücksichtigung.

Eine Eingabe des hiesigen bekannten Zirkelvermittlers Ende erucht um Aufhebung der Verordnung

des Bezirks der gewerkschaftlichen Stellenvermittlung im Gastwirtsberuf.

Nach dem Beschluß der Eingabenausschüsse soll diese Eingabe als erledigt betrachtet werden.

Abg. Philippen (Dnall.) bringt es dagegen fertig, einen Antrag auf Überweisung der Eingabe als Material zu verlesen.

Abg. Genosse Reu nimmt darauf Veranlassung, die Praktiken des hiesigen Stellenvermittlers Ende zu besprechen, dessen Gewerbe er als schamlose Sklavenhändlerei bezeichnet. Auch Genosse Reu, der sich kennzeichnet die allgemeinhinreichende Tätigkeit Endes. Trotzdem wird der deutschnationalen Antrag auf Überweisung dieser Eingabe als Material gegen den abweichenden Beschluß des Ausschusses mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien angenommen. Zu einer weiteren Ansprache kommt es über die Eingabe des Verbandes der Freizeutgehilfen wegen

Der Sternsteinhof.

Eine Fortsetzung von Ludwig Angenraber.

(Fortsetzung.)

„Bist du aber empfindlich,“ sagte Helene, über die Nase nach ihr blickend. „Wenn der Bub wein ist, so werd' ich mir doch über das Meine ein' Speck erlauben dürfen? Und sag' ich scherzweise, ich tät' dir 'n Gönner, so darf's doch dich nit beleidigen, die 'n fix so ein' Ausbund halt! Das 'n G'pud, im Ernst aber — is er, wie er is, ich bin auch, wie ich bin — vermächt' ihn ein' andere nur an' Klein' Finger lassen, kannst mir glauben, daß ich 'n ihr schon nit mehr streitig mach'!“

„Ja, so durste die Zinsdörfer Helen' wohl reden. Sopherl nitte zustimmend. „Wär' auch ein' Einfall, sich mit dir 'n stellen, der Muckeri tät' dazu nur lachen. Aber schau', da is er und steht noch all'weil geduldlos auf der Brücke.“

Er stand wirklich noch da. Viel Wasser war, während er hier wartete, den Bach hinabgeschossen und er fragte sich, wie viel wohl noch da unter der Brücke wecke hinweglaufen müssen, bis sich schillernd wurd, was er wünscht und hofft!

Er stand, daß der Bach gegen ihn floß, sah nur das währende Zubrängen und Heraufkommen und achtete nicht auf das glück'nde, wallende, rasche Gerinne, das hinter seinem Rücken, was es zerbrocht hatte, Scheit oder Holm, auch mit sich fortführte.

Früh am nächsten Morgen fand sich Helene auf dem Sternsteinhof ein.

„Ne, was machst du da?“ fragte die alte Schaffnerin, als sie ihrer ansichtig wurde.

„Den,“ sagte die Dirne, indem sie nach ihrem rechten Ohrschäppchen wies, „ein Cherring is mir verloren gegangen. Gab ich ihn nit da heroben bei Guch verstreut?“

„Guch nit' g'fahn.“

„Sollt' er dir gleichwohl unterkommen?“

„Willst' du darauf achten.“

Über den Hof kam ein unterer, hundertjähriger Bursch auf die neuen ausgeschritten.

Einführung der vollständigen Sonntagsruhe im Freizeutgewerbe.

Abg. Genosse Poln begründet die Notwendigkeit der Einführung der Sonntagsruhe im Interesse der Angestellten. Es wäre ohne Nachteile möglich, die Sonntagsruhe einzuführen. Er stellt daher den Antrag, die Eingabe nicht als Material, sondern zur Berücksichtigung zu überweisen.

Tagegen wendet sich der Abg. Niemöller (Dnall.). Im Ganzen wird der Antrag des Genossen Poln mit 31 gegen 35 Stimmen angenommen.

Eine Eingabe aus Cliva bittet um die Genehmigung eines Spiellubs solange, wie in Sophot gespielt wird.

Abg. Genosse Reu nimmt Veranlassung, die Unmoral des Spiellubsmens zu kennzeichnen und plädiert für Ablehnung. Eine Anfrage, in welchem Maße die Gemeinden Nutzen vom Spiellub haben, wird vom Senat nicht beantwortet.

Tab Schuld des Staatsanwaltes auf Genehmigung eines Strafverfahrens gegen den Genossen Spill wegen Verleumdung (Genosse Spill hatte im vorjährigen Tischlerstreik einen Arbeiterwilligen mit dem Namen Tischlerer belegt) wurde abgelehnt.

In einer Eingabe des Rechtsanwaltes Rosenbaum wird um eine Entscheidung ersucht, ob die Straftat des Seefahrers Eiz-Joppot als politisch oder unpolitisch zu bewerten sei. Der Eingabenausschuss beantragt die Zurückweisung der Eingabe. Abg. Genosse Reu stellt den Antrag, die Eingabe zur nochmaligen Beratung und Berücksichtigung an den Ausschuss zurückzuverweisen. Abg. Rahns (Rom.) beantragt dagegen die Überweisung der Eingabe an den Senat. Er kann es sich auch hierbei nicht verlagern, unsere Fraktion wieder in unklarer Weise anzupöbeln, und glaubt er sich keinen unserer Partei Reichheit und Arbeitererrat vorwerfen zu können.

Abg. Genosse Wehl weist die unparlamentarischen Anwürfe Rahns energisch zurück. Er bekennt weiter den Fall des Seefahrers Eiz, den er viele Jahre persönlich kennt und dessen einschüchternde Weisheitslehren Veranlassung zur nochmaligen Prüfung der Angelegenheit geben solle.

Abg. Neumann (D. P.) Die Anwesenheitsverordnung kommt für ihn nicht in Frage. Es ist nur ein Gnadenerschreiben oder die Reu-aufnahme des Verfahrens möglich.

Nachdem sich auch Abg. Mau (D. P.) für den freidemokratischen Antrag ausgesprochen hat, wird dieser mit 29 gegen 37 Stimmen angenommen.

Darauf folgt als 2. Punkt der Tagesordnung eine kleine Anfrage der deutschnationalen Fraktion wegen der Anwendung der bestehenden Demobilisierungsgesetzbestimmungen für die Entlassenen von Angestellten und Arbeitern auch bei ausländischen Unternehmungen. Eine sofortige Partamierung durch den Senat erfolgt nicht. Eine zweite deutschnationalen Anfrage wird vom Senat zurückgewiesen, was dieser gegen die Herabsetzung des Prozentsatzes mit Stimmen beabsichtigt. Senator Schüller äußert sich über die Angelegenheit des Fremdenverkehrs Grundmanns schweigen.

Es kommt darauf die Gesetzesvorlage zur

Bekämpfung der Wittstieber des Senats

zur Verhandlung. Abg. Brüderdorff (D. P.) berichtet über die Vorlage. Das Grundgehalt des Senatspräsidenten soll 60.000 Mk. und das der übrigen hauptamtlichen Senatoren 30.000 Mk. jährlich betragen. Für die nebenamtlichen Mitglieder des Senats sind monatlich 1500 Mark Aufwandsentschädigung vorgesehen. Der stellvert. Senatspräsident soll eine solche in Höhe von 2000 Mk. monatlich erhalten.

Abg. Genosse Nagroski: Die in dem Antrag genannten Gehälter von 60.000 und 30.000 Mk. wirken irreführend. Man müsse bedenken daß bei dem Gehalt des Präsidenten in Höhe von 60.000 Mk. noch ein Erlöszuschlag von 5000 Mk. sowie eine 70 prozentige Zulagenzulage nebst Ainderzulage komme, so daß sich das Gehalt des Präsidenten auf etwa 110.000—115.000 Mk. stellen wird. Ebenso erhöht sich auf diese Weise das Gehalt der hauptamtlichen Senatoren von 30.000 auf etwa 60.000 Mk. Wir verstehen nicht, wie in einer Zeit, in der Tausende von Familien Not leiden, derartige Ge-

„Da kommt unter Bauer'sohn,“ kullerte die Alte, die Dirne mit dem Ellbogen anstehend.

Helene betrachtete den Verantwortenden. Er hatte krauses, schwarzes Haar, eine gerade, ziemlich fleischige Nase und braune hellleuchtende Augen. Sie erwartete, nach dem, was Sopherl über ihn gesagt hatte, keinen Gruß, aber sie grüßte auch nicht.

„Wen halt denn da bei dir, Kathel?“ fragte er.

„Is die Zinsdörferische von da unten,“ sagte die Alte, mit einer bellartigen Handbewegung nach dem Hause des Högels, welche dazum sollte, wie wenig für hier oben das da unten zu bedeuten habe. „Die Mucker-Sopherl hat's gestern mit heraufgebracht, und da hab' ich ihr große Augen machen gelehrt. Heber lauter Aufscham hat's gar ein' Cherring verloren, ohne daß sie es gemerkt hat! Gell' ja, du?“ Sie legte ihre knöchernen Finger auf die runde Schulter der Dirne.

„Wahr is't,“ sagte Helene, „schön hab' ihr's da heroben.“ Sie sagte das aber in einem Tone gleichmäßiger Anerkennung, wie wenn sie gestern gerade nicht gar zu Ungewöhnliches gesehen hätte und als ob sie etwa mehr Wohlwollendes halber, als aus sonst irgendeinem Grund in der armseligsten Hütte da unten wohne.

„Na, wenn dir's gefallen hat,“ sagte der Bursche, „kannst ja öfter kommen.“

„Bist' du zwittrig,“ lachte die Dirne, „denkst' mit den Augen fragst' auch sein's was hinterm und g'hnst' ein'm 'n Anschau'n.“

„Bist' du so interessiert?“ lächelte der Bursche. „Wer weiß, 's eine oder 's andere könnt' du ein'm leicht wohl abbekeln.“

„Meinst'?“ entgegnete sie, ihm voll in die Augen sehend. „Wenn ich's drauf antragen müßt, könnt' s ja sein; aber auß' Betteln verleg' ich mich eben nit, ich 'nimm' mich noch oft, ob ich nimm, was mer mir anträgt.“ Sie wandte sich an die Schaffnerin. „Also sei so gut, wegen 'm Cherringel. Sollt' s' zufällig doch finden, so leg' mir's at d' Zeit. Es wär' mir leid, find' sich's nit, 's eine nit mit mir ohne 's andere und abendreit' ist 's ein' G'schick. Schau, is' sehn's aus.“ Sie bog den Hals und reichte den Kopf hinüber, daß die Alte im linken Ohrschäppchen den Ring betrachten konnte, dann schaute sie sich ab. „Wollt' Gott miteinander!“

Der Bursche tat einen leichten Pfiff. Die alte Hühlerhaftigkeit scheint mir.

Mit an einzelne Personen gezahlt werden sollen. Von einer Sparbarkeit kann hier keine Rede sein. Im Übrigen lehnen wir für diesen Senat jede Entschädigung ab, da wir zu ihm kein Vertrauen haben.

Unter Ablehnung der gestellten Anträge auf Verabfolgung des Gehälter und der Entschädigung für den stellvert. Senatspräsidenten wird die Vorlage unverändert vom Bürgerblock angenommen. Die dritte Lesung des Gesetzes wird infolge Widerspruches abgelehnt.

Bei der zweiten Lesung des Gesetzeswurfs über die

Gewährung einer außerordentlichen Beihilfe an Judenbewohner weist Abg. Genosse Alkohowski als Berichterstatter des sozialen Ausschusses darauf hin, daß sich dieser Ausschuss im Rahmen der im Deutschen Reich erlassenen Gesetze befindet und ersucht um Zustimmung.

Abg. Schmidt (Rom.) will einige Sorten ausgemergelt. Abg. Genosse Reel tritt für einige Wanderungsanträge ein. Die Annahme dieser dürfte auch die Milderung des deutschen Gesetzes nach dieser Richtung veranlassen.

Abg. Rahns (Rom.) ergeht sich wiederum in grundlosen niedrigen Anwürfen gegen unsere Fraktion. Seine Mut wendet sich besonders auch gegen den Arbeiterrat der früheren Reichsbank. Tiefen glaubt er Ferra und Reihheit vorwerfen zu können. Die Veranlassung seiner Angriffe ist aus dem vom Arbeiterrat verhinderten Mahlkorn-Ausverkaufverbot der Wert durchaus greifbar ersichtlich. Die Anschuldigungen Rahns lösen im ganzen Hause ein ironisches Lachen aus.

Unter Ablehnung aller Verbesserungsanträge wird die Vorlage in namentlicher Abstimmung mit 49 bürgerlichen Stimmen gegen 22 der Linken angenommen. Schluß der Sitzung gegen 6 1/2 Uhr. Nächste Sitzung heute, Freitag, nachmittags 2 1/2 Uhr.

Kleine Nachrichten.

(In einem Teil der Ausgabe wiederholt.)

Rehras der Kommunisten in Bochum. In der Jahresversammlung des Bochumer Gewerkschaftsartells am 3. März erlitten die kommunistischen Zellenbauer eine vernichtende Niederlage. Bei der Neuwahl des Kartellvorstandes erhielt der Oberkommunist Karl Strume von 92 abgegebenen Stimmen ganze 12. Die übrigen vorgeschlagenen Kandidaten der Kommunisten brachten es auf wenige Stimmen mehr, nur einer, der sich bisher bei dem kommunistischen Zerplünderungsstreben öffentlich nicht so hervorgetan hat, erhielt 30 Stimmen. Gewählt wurden nur Kollegen mehrheitssozialistischer Richtung, die zwischen 71 und 92 Stimmen auf sich vereinigten. Zu dieser Niederlage gesellte sich noch eine zweite moralischer Art. Von einem Delegierten wurde die stürmische Entrüstung auslösende Mitteilung gemacht, daß Strume, der Angestellter des Fabrikarbeiterverbandes der Bochumer Zehlfabrik ist, in einer Bergarbeiterversammlung im vorigen Jahre öffentlich zur Wahl von unionistischen Betriebsratmitgliedern aufgefordert habe. Strume wurde als unwürdig bezeichnet, weiterhin einen Posten in der freien Gewerkschaftsbewegung zu bekleiden. Dasselbe wurde dem Kommunisten Hans Pfort, der ebenfalls Mitglied des Fabrikarbeiterverbandes ist, nachgewiesen. Diese kommunistische Leuchte hatte noch den Mut, die Unionisten als Klassenkämpfer hinzustellen!

Typhus in Polen. „Azejpospolita“ in Warschau berichtet: Im Gouvernement Grodno haben die Typhuserkrankungen zugenommen, so daß auf einen Kreis je 4000 Fälle kommen. In Ostgalizien macht der große Zustrom von Flüchtlingen aus Rußland die Typhusbekämpfung unmöglich. Die Zahl der Erkrankungen bei Tarnopol ist doppelt so groß wie im Sommer 1920. Es fehlt an allen Mitteln zu Bekämpfung der Epidemie.

„Mir schon auch,“ meinte die alte Kathel. „Aber gleichwohl sauber, das muß ich schon sagen.“

„Sie ist 'n Aebinder Mucker sein Schach.“

„'m Solamandel-Macher?“

„'m selb'n.“

„So.“

Als Helene in der Hütte unten anlangte, leiste die alte Zinsdörferin: „Wo streichst du denn schon herum in aller Früh?“

„A'n Hof oben war ich. Ich muß gestern dort ein Cherring verstreut hab'n.“

„Bah, du Gans, schau ein andermal doch lieber vorerst ordentlich im Haus nach, eh' d' noch allen Enden auslauffst. Dein' Cherring liegt in der Tischlab,“ grob vorhin hab' ich's g'schn.“

„Jesse, nein, was ich für ein verlorenes (herstreutes) Ding bin! Freilich, da ist's. Na, da bin ich froh. Gält' mir 'n Gang und die Angst darum ersparen können.“

Sie tat einen scheuen Blick nach der Mutter und lächelte, als diese ihr den Rücken lehnte, vor sich hin.

Es war nach dem Mittagessen, als der Toni vom Sternsteinhof, nachdem er in der Küche seine Fleise in Brand gesetzt, in's Freitrat und langsam quer über die große Wiese hinab zu gehen begann; einem anderen hätte es übel bekommen können, das liebe Gras so in den Boden zu treten, wer aber wollte es ihm wehren, dem künftigen Sieger? Nicht einmal der gegenwärtige, sein Vater, hätte ihn darüber vor den Leuten groß anlassen mögen und einen „Rümpel“ hinterher unter vier Augen schreie der Wursche um so weniger, als es dabei bisher noch immer — und um ganz anderer Streiche willen — ganz glimpflich abgelaufen war. Der Alte tat sich allerdings auf seine Strenge etwas zu Gute, aber wenn ihm im Tum und Laffen seines „Gingens“, auf den er stolz war, etwas mißfiel, so begnügte er sich, seine Heberlegenheit dadurch zu zeigen, daß er mit lautem Gefreier und Vollem das Unvernünftige, Unschickliche oder Unwirtschaftliche des Geplanten, Geschehenen oder Unterbliebenen aufwies, als ihm der Atem oder der Nabel der Heberausging. Der Junge hatte dabei nur demütig zu nicken und das was er ganz zuhört.

(Fortsetzung folgt.)

Danziger Nachrichten.

Verurteilung des Kriesschloßers Wörbers zum Tode. Am gestrigen Verhandlungstage des Nordprozesses gegen den Weltkriegsheld Wörber wurde die Todesstrafe durch den Vorsitzenden Richter ausgesprochen. Die Urteile der beiden Richter gingen insofern etwas auseinander, als die beiden hiesigen Richter sich für die volle Zurechnungsfähigkeit und Verantwortlichkeit des Angeklagten für die Tat aussprachen, während die beiden ausländischen Richter erklärten, daß die Willensmäßigkeit des Wörber gewissen Hemmungen und zeitweiligen Störungen unterworfen sei. Alle vier stimmten jedoch darin überein, daß die Voraussetzungen des § 51 des Strafgesetzbuchs auf den Angeklagten keine Anwendung finden könnten. Während die Vertreter der Staatsanwaltschaft für die Befreiung der Schuldfrage wegen Mordes eintraten, plädierten die Verteidiger dafür, daß es sich um Totschlag, begangen an dem Obersten Leptsch, und Totschlagversuch, begangen an dessen Frau, handle. Die Geschworenen sprachen Wörber des Mordes und Versuches Mordes schuldig, worauf der Gerichtshof die Todesstrafe aussprach. Wegen des Mordversuchs an Frau Leptsch wurde Wörber zu 7 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt. — Abgesehen von unferer grundsätzlichen Beguerlichkeit der Todesstrafe wäre nach der unterschiedlichen Beguechtung des Geisteszustandes des Angeklagten die Berücksichtigung des § 51 sicherlich am Platze gewesen. Schon die graufike Kaltblütigkeit, mit der Wörber bei seiner Tat vorging, läßt seine unnormale Geistesveranlagung erkennen.

Eine Stadtverordnetenversammlung findet wiederum am kommenden Dienstag, den 15. März, nachmittags 4 Uhr statt. Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung enthält: 1. Einstellung von Mitteln zu verschiedenen fortschrittlichen Maßnahmen auf dem Gebiete des mittleren und Volksschulwesens in den Haushaltsplan 1921/22. — 2. Ermächtigung zur Zahlung der Ausgaben für 1921 auf Grund der vom Magistrat aufgestellten Entwürfe der Haushaltspläne. — 3. Erste Sitzung folgender Haushaltspläne für 1921: a) der Betriebsmittelverwaltung, b) der Schuldenverwaltung, c) des Kinder- und Waisenhauses, d) der Kirchenverwaltung, e) des Spargelhauses. 4. Entlastung folgender Jahresrechnungen: a) der Wasserwerke 1914, b) des Gashauses 1914, 1915, 1916. 5. Berichterstattung und Anträge des Ausschusses betr. Verwendung von Mitteln zu einer Wehrhilfe für die Kriegsgefangenen-Gemeinschaften. 6. Anträgen von Stadtverordneten betr. a) Gleichrichtungs- und Gaszähler, b) das städtische Schulgebäude in der Sperlingstraße, c) die elektrische Straßenbahnlinie Langgasse-Fischmarkt-Bahnhof, d) die Fortführung der Verwaltung der

Stadt Danzig. 7. Anträge von Stadtverordneten betr. a) Wegeverbesserung in Brücken und Raststätten, b) Beleuchtung der Böden und Schanzenterrassen, c) Kinderanlagen der städtischen Beamten- und Arbeiter, d) Berichterstattung und Anträge des Petitions-(Eingaben-)Ausschusses.

Aufnahme des Danziger Luftverkehrs nach dem Osten. Wie wir von der Danziger Luftverkehrsgesellschaft erfahren, wird der Flugverkehr zwischen Danzig—Königsberg—Memel und Danzig—Königsberg—Kowno bereits zum Sonntag, den 18. März, aufgenommen. Die Vorbereitungen, denen sich erhebliche Schwierigkeiten in den Weg stellten, sind in aller Eile getroffen und namentlich in den Hauptpunkten zum Abschluß gebracht worden. Ob die Postbeförderung ab Danzig bereits am 18. d. M. aufgenommen werden kann, steht nicht fest und wird noch seitens der Oberpostdirektion bekanntgegeben werden. Auch wird die Passagierverbindung schon vom 18. März ab regelmäßig unterhalten werden, um den Besuchern der Königsberger Messe Gelegenheit zu geben, auf dem Luftwege Königsberg zu erreichen. Den vorläufigen Flugplan finden unsere Leser im Anhangsteil. Auskunft, Anmeldung und Flugcheinverkauf in Danzig: Generalvertretung des Freistaates Danzig, Firma Emil Fechter, Gopfengasse 28. Telefon 3392.

Aufruf von Petroleummarken. Wir verweisen auf die Bekanntmachung im heutigen Anhangsteil betreffend den Aufruf von Petroleum für den Monat März. Bei dem nächsten Aufruf von Lebensmittelmarken werden auf die Hauptnahrungsmittelkarten für Erwachsene vom 18. Lebensjahre ab auf die Marken 12, 13, 14, 15 und 16 wieder Petroleum aufgerufen.

Abfuhr des Seglers „Alma“. Der bei Brücken auf den Strand gefaasene Segler „Alma“ konnte gestern am Spätnachmittag, nachdem er vollständig entladen war, abgehieft und gegen 1/27 Uhr abends in den Hafen gebracht werden.

Polizeibericht vom 11. März 1921. Verhaftet: 9 Personen, darunter 2 wegen Diebstahls, 1 wegen Hehlerei, 2 wegen Unterschlagung, 2 wegen Fundunterschlagung, 2 in Polizeihaft.

S. P. D. Parteinachrichten. Vortragskurse des Arbeiter-Bildungsausschusses. Morgen, Sonnabend, den 12. März, abends 7 1/2 Uhr, findet in der Aula der Hilfsschule, Heilige Geistgasse 111, der 4. Vortragabend des Genossen Dr. Rint über „Grundzüge der Volkswirtschaftslehre“ statt. Es kommt das wichtige Gebiet „Geld und Kredit“ zur Behandlung. Eingelassene sind noch an der Abendkasse erhältlich.

8. Bezirk (Königsberger). Am Freitag, den 11. März, abends 1/27 Uhr im Lokal Danzig, Kdrechtstraße: Bezirksversammlung u. a. a. a. Referent Gen. Fechter. Thema: „Wann und wie kann Sozialisten? Zahlreicher Besuch wird erwartet.“

St. Wörber. Am Sonntag vormittag 10 1/2 Uhr findet im Lokal Merend eine Mitgliederversammlung der S. P. D. statt. Das Erscheinen aller Genossen und Genossinnen ist notwendig.

11. Bezirk (Königsberg). Am Sonnabend, den 12. März, abends 7 Uhr findet im Lokal Schmitt der Bezirksabend statt. Vortrag des Genossen Barteil. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Standesamt vom 11. März 1921.
Todesfälle: Wertmeister Edmund Zothke, 28 J. 8 M. — Zahn-Rechnungsrat Emil Boll, 64 J. 3 M. — Kaufmann Johannes Bauer, 86 J. — Tochter des Richters Bruno Rodzko, 16 Tage. — Sohn des Schuhmachers Martin Gusa, 7 M. — Wittwe Maria Ella Lichtschlag, 76 J. 2 M. — Tochter des Friseur Franz Kowalski, 4 M. — Witwe Wilhelmine Martischke geb. Schimmelpfennig, 75 J. 6 M. — Sohn des Geschäftsführers Friedrich Koppe, 9 M. — Sohn des Schmiedegesellen Johannes Schud, 4 Wochen. — Frau Marie Obermeyer geb. Krebs, 41 J. 6 M. — Witwe Annemarie Gismann geb. Schlichte, 28 J. 2 M. — Nachl. 1 Sohn und 1 Sohn geboren.

Heutiger Devisenstand in Danzig.
 Polnische Mark: (Auszahl 7,15) 7,90 (an Vorgang 7,15)
 Dollar: 62 (an Vorgang 62)

BORG CIGARETTEN für Qualitäts-Raucher

Wetterhandelsnachrichten am 11. März 1921.

	gestern	heute	gestern	heute
Jawisch	—	—	—	—
Worshau	—	—	3,34	3,36
Thorn	3,20	3,04	Einlage	2,64
Forbon	3,16	2,97	Schlewenhorst	2,66
Culm	3,22	3,12	Schönan O. P.	—
Grauberg	3,20	3,26	Galgenberg O. P.	—
Kurzbrack	3,42	3,72	Reuhorsterbusch	—
Montauerspitze	3,08	3,58	Wolfsdorf	—0,58
Pielack	3,22	3,76	Kuwachs	+0,95

Verantwortlich für Politik Dr. Wilhelm Wolze, Nr. den Danziger Nachrichten und die Unterhaltungsbeilage „Freie Welt“, beide in Danzig; für die Interat Bruno Gwertz in Oliva. Druck und Verlag von J. Gehl u. Co., Danzig.

Abgabe von Lebensmitteln und Petroleum.

Im Laufe der nächsten Woche gelangen zur Ausgabe:
 1. Auf die Lebensmittelkarte: 250 Gramm Haferstroch zum Preise von Mk. 2.60 für das Pfund oder 250 Gramm Gerstengröße oder Graupen zum Preise von Mk. 1.70 für das Pfund auf die Marken 11 und 11 A der Danziger Lebensmittelkarten für Erwachsene und Kinder, sowie Marken 2 und 2 A der neuen Lebensmittelkarten für Erwachsene und Kinder in den Nachbargemeinden.
 2. Auf die Nahrungshauptkarten für Erwachsene: 1 Liter Petroleum auf die Marken 27 der Nahrungshauptkarten E und F.
 Die für zwei Personen geltenden Nahrungshauptarten (E 2) sind mit der doppelten Menge, also mit 2 Liter Petroleum, zu beliefern.
 Die Einreichung der vereinnahmten Marken erfolgt in der üblichen Weise.
 Danzig, den 10. März 1921. (3788)
 Der Magistrat.

Ausgabe der Brot- und Mehlkarten.

Die Brot- und Mehlkarten werden diesmal gegen Abgabe der Hauptmarke Nr. 26 bei den Bäckern, Brot- und Mehlhändlern ausgegeben.
 Danzig, den 10. März 1921. (3798)
 Der Magistrat.

Neuaufwurf von Petroleum.

Für den Monat März werden die Marken 12, 13, 14, 15 und 16 der Petroleumkarten A, B und C zur Belieferung mit je 1 Liter Petroleum aufgerufen. Bereits aufgerufene Marken sind gleichfalls zu beliefern.
 Danzig, den 8. März 1921. (3789)
 Leuchtturamnt.

Die Maler-, Töpfer- und Glaserarbeiten.

für die laufende Unterhaltung der städtischen Gebäude sollen in öffentlicher Verdingung in 6, nach Stadtteilen und Vororten getrennten Losen vergeben werden.
 Angebote sind verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen im Hochbaubüro im Rathaus in der Langgasse, Zimmer 29,30 einzureichen und zwar:
 für Malerarbeiten am Mittwoch, 23. März
 „ Töpferarbeiten „ 30. „
 „ Glaserarbeiten „ Donnerstag 31. „
 (vormittags 10 Uhr).
 Die Bedingungen liegen in der Hochbau-geschäftsstelle im Rathaus, Langgasse, Zimmer 32 zur Einsicht aus und können auch gegen Erstattung der Schreibgebühren von dort bezogen werden.
 Danzig, den 10. März 1921. (3787)
 Der Magistrat.

Maschinentechnische Abendschule und Seemaschinenschule

Danzig, Kassau, Markt 28, Möller. Am 11. April, 6 Uhr abends, beginnt das 2. Sem. für Masch. und Elektrotechniker, Werkmeister, Monteur, Maschinenmeister, Seemaschinen zum 1. u. 2. Patent, Betriebsingenieur. Auch Ausbildung in einzelnen Fächern. Anm. bis 31. März. Abendkurse zum 3. und 4. Patent, für Flußmaschinen und Masch.-Anwärter der Reichs- u. Handelsmarine beginnen am 12. April, 7 Uhr abds. Befreiung vom Pflichtunterricht in der Gewerbeschule. (3788)

UT - LICHTSPIELE
 Heute Freitag, den 11. März 1921
 Beginn des großen Abenteuer-Fortsetzungs-Film
Der Mann ohne Namen
 Die Uraufführung für ganz Deutschland in Danzig.
 Vom 11. bis 17. März
 I. TEIL
Peter Vogt, der Millionendieb!
 5 Akte
 In Anlehnung an den gleichnamigen Roman von Ew. Gerh. Seelig.
 In der Hauptrolle: (3764)
Harry Liedtke
 und das große Belprogramm!!!
 Vorstellungen um 4, 6 und 8 Uhr.
 Billetverkauf ab 3 Uhr.
 :: Gewöhnliche Preise ::
 Einlaß ununterbrochen, sowie Plätze frei sind.
 Wegen d-s zu erwartenden Andranges empfehlen wir den Besuch der erst. Vorstellung.

Delikat (3791)
 schmeckt jeder **Osterkuchen** mit Zusatz meiner reinen Gewürze und Backöle.
 Spezialität: **Prima blauen Backmohn**
 empfiehlt
 Drogerie am Domialkanerplatz
Bruno Fasel,
 Junkergasse 12 (an der Markthalle).

Danziger Luft-Reederei
 Schnellste Beförderungsmöglichkeit
 zur **Königsberger Messe**
 Danzig-Königsberg und zurück
 Memel-Königsberg und zurück
 Kowno-Königsberg und zurück
 Auskunft, Anmeldung und Flugcheinverkauf in Danzig:
 General-Vertretung des Freistaates Danzig, Firma **Emil Fechter**, Spedition, Hopfengasse 28. Telefon 3392.

Stadtgespräch
 Ist es, daß man nur bei
Leo Czerninski
 nur **Stichaugasse Nr. 25, 3te.**
 am billigsten fertige Herrenbekleidung sowie elegante, bestid. Flaßanfertigung kauft.
 Kein Laden! Kein Personal!
 Reellste Bedienung!
 Ich bitte um zwanglosen Besuch

Was muß jeder Reisende wissen?
 daß er im Reisebureau des Norddeutschen Lloyd (Danzig, Hohes Tor, zwischen Reichsbank und Danziger Hof, Tel. 1777) und im Bureau der Baltropa (Grüves Tor, Tel. 1736) schon acht Tage vor Reiseantritt Fahrkarten (Zusammenstellbare Fahrcheinhefte und Rückfahrkarten mit sechzigtagiger Gültigkeit) nach allen Stationen ohne Aufschlag lösen und sein Reisepäck zu günstigen Bedingungen versichern kann. Außerdem sind dort erhältlich: Schiffsfahrkarten in Verbindung mit Eisenbahnfahrkarten für die Linien Danzig-Swinemünde und Danzig-Pillau-Libau.
 Kostenlose Auskunftserteilung in allen Reiseangelegenheiten — Telefon 1777. (3768)

Möbelkäufer!!
Augen auf!!
 Sie kaufen nur dort gut, wo Sie die Gewißheit haben, **reell und kulant** bedient zu werden.
Polstersachen
 wie Sofas, Ruhebettten, Matratzen werden in eigener Werkstatt dauerhaft verarbeitet und leisten ich weitgehendste Garantie.
 Auf Wunsch Retenzahlung gestattet.
Möbel in großer Auswahl!
David's Möbelhaus
 Altst. Graben 11.
 (3752)

Sind **Lungenleiden** Tuberkulose heilbar?
 Verz. Sie kostenlos San-Rat Dr. Weiss's ausführlich. Drogenbuchst. Merker Dr. Gebhard & Cie., Berlin W 35, Potsdamer Straße 104 a. (3435)
Strümpfe werden gefrickt War bar Geld braucht
 u. angefrickt. Sdtdltg. (schreibe sof. an Rud. Liedtke, Danzig, Varabiegasse 8-9, Mittelstraße 16, Raben. (f) (3645)

Drucksachen
 aller Art fertigt prompt und billigst an
Buchdruckerei Volkswacht
 Am Spandhaus 6. Fernsprecher 2280.

Kleine Anzeigen
 in unserer Zeitung sind
 billig und erfolgreich.

Tiefschwarz
 werden selbst ältere Stoffe durch tägliche Pflege mit Erdel — Seidel sind neu, deshalb
sparc durch
Erdal
 (3712)

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.
Freitag, den 11. März 1921, abends 7 Uhr
Dauerkarten C 1.

La Traviata

Oper in 4 Akten. Musik von Giuseppe Verdi.
Szen. Fassung: Max Richter. Musikalische Leitung:
Otto Selberg. Inspektion: Otto Friedrich.

Personen wie bekannt. Ende gegen 9^{1/2} Uhr.
Sonnabend, abends 7 Uhr. Dauerkarten D 1.
„Die Bohème“.

Sonntag, abends 7 Uhr. Dauerkarten haben keine
Gültigkeit. Uraufführung: „Der Siccardogliano“.
Musikalische Darlesung in drei Akten von Heinrich
Bühler und Otto Friedrich. Musik von Fritz Böhler.

Montag, abends 7 Uhr. Dauerkarten E 1. Hinder
Mauern. Schauspiel.

Dienstag, abends 7 Uhr. Dauerkarten A 2. Rühre
Trab vom Opernhaus in Frankfurt a. M. und
Alfred Blackmann von der großen Volksoper
Berlin als Gasse a. C. „Der fliegende Holländer“.

Neues Operetten-Theater

(früher Wilhelm-Theater.)

Tel. 4092. Direktor Paul Banemann.
Kunstl. Leitung: Dir. Sigmund Kussnadt.

Neuzeit Freitag, den 11. März

Anfang 7 Uhr Anfang

„Frau Bärbel“

des „Schwarzwaldmädel“, 2. Teil.
Operette in 3 Akten von Josef Sngar.

Morgen Sonnabend, den 12. März
Der ersten Liebe goldene Zeit.

Vorverkauf findet tags v. 10—4 Uhr nur
im Deuma-Haus Langgasse 69, 70 statt.
Sonntags 9—2 Uhr a. d. Theaterkasse.

Nach Schluß der Vorstellung:
Fahrverbindungen nach allen Richtungen.

In den Parterre-Räumen:
Klein-Kunst-Bühne „Libelle“

Lichtbild-Theater Rangemarkt Nr. 2.

Intime Lichtspiele

Der lang erwartete
Aufsehen erregende
Diele Abenteuer-Zyklus

Die Jagd nach dem Tode!!

3. Teil:

„Der Mann im Dunkel“

mit: (3785)

Nda Chrysondar — René Pölar
Robert Scholz — Iaa Marsen
Kurt Brankendorf — Bernard Götzke

Anfangszeit:
An Wochentagen 4 Uhr
An Sonntagen 3^{1/2} Uhr

Gedania-Theater

Schlossdamm 53/55

Nur noch heute! Der Kindesraub im Zirkus Buffalo

italianischer Sensations-Film in 1 Vorspiel und
5 Akten mit Albertini.

Ab Sonnabend bis einsch. Dienstag!
Harry Hill

(3783)

„Die Höllenmaschine“

6 aufregende Akte voll atemloser Spannung.

Soeben erschienen!

Bilden-Sozialismus

Vortrag von W. D. S. Cole.

Preis 3 Mark.

Buchhandl. Volkswacht

im Spandhaus a. d. Paradiesgasse 32.

Uniere neuen Preise

für Schneiderbedarf

Unser Hamburger Engros-Haus, das zu den größten Einkaufshäusern der Branche zählt, teilt uns die neuen billigen Preise mit, die es durch größere Abschlüsse und günstigen Einkauf stellen kann. Unser heutiges Angebot ist für Schneiderinnen besonders beachtenswert.

Nur gute Qualitäten

Nähnadeln „Blitznadel“ Brief	50 ^{3/4}	Fingerhüte Stück	18 ^{3/4}
Stopfnadeln sortiert 25 Stück	65 ^{3/4}	Druckknöpfe Marke Hammonia, rostfrei Dtzd.	55 ^{3/4}
Sicherheitsnadeln Dtzd. 75, 85	45 ^{3/4}	Druckknöpfe am Bando Meter	75 ^{3/4}
Haken und Augen weiß Paket	20 ^{3/4}	Bleischnur Meter	25 ^{3/4}
Haken und Augen „Bato“ Karte	10 ^{3/4}	Tailenband Meter	75 ^{3/4}
Kragenstäbe Seide umspinnen Dutzend	10 ^{3/4}	Stofflitze Meter	95, 75 ^{3/4}
		Seldenschnur schwarz Meter	25, 18, 15 ^{3/4}

Maschinengarn ^{1²⁵}

schwarz u. weiß, 6fach kleine Rolle 2.25,

Knöpfe

zum Teil einzelne Restposten, daher besonders billig

Mantelknöpfe Halbkugel mit Rand	Serie I Dtzd. 95 ^{3/4}	Serie II Dtzd. 1 ⁵⁰	Hornknöpfe 4loch für Herrenanzüge, grau Dtzd.	Serie I 2 ²⁵	Serie II Dtzd. 7 ⁵⁰	Serie III Dtzd. 9 ⁵⁰	
Mantel- und Jackenknöpfe Zelluloid in verschiedenen Formen	Serie I Dtzd. 2 ²⁵	Serie II Dtzd. 3 ⁷⁵	Kugelknöpfe für Blusen und Jacken, in verschiedenen Farben	Serie I Dtzd. 45 ^{3/4}	Serie II Dtzd. 1 ⁹⁰	Serie III Dtzd. 3 ⁷⁵	Serie IV Dtzd. 6 ⁹⁰
Zelluloidknöpfe 4loch Dtzd.	Serie I 1 ⁹⁰	Serie II Dtzd. 2 ⁹⁰	Große Blusenknöpfe in Glas, Zelluloid und Seide umspinnen Dtzd.	1.25, 95, 75, 65, 25 ^{3/4}			

Weitere billige Kurzwaren

Lockennadeln Brief	85, 10 ^{3/4}	Schuhsenkel Makko Ia Qualit. 120 cm lang Paar	90 ^{3/4}
Haarnadeln extra stark, glatt u. gewellt Brief	25 ^{3/4}	Schuhsenkel Makko Ia Qualit. 150 cm lang Paar	1 ⁴⁵
Haarnadeln „Elsa“ glatt und gewellt Brief	40 ^{3/4}	Korsettsenkel Stück	110, 75, 65 ^{3/4}
Hornringe Dtzd.	45 ^{3/4}	Strumpfhalter Paar	1 ⁴⁵
Wäschetusche Stück	5 ^{3/4}	Rüschengummiband Seide Mtr.	6 ⁵⁰
Häkelnadeldosen, Holz, poliert Stück	40 ^{3/4}	Gummiband „Lochband“ Meter	2 ⁴⁵
Wäscheknöpfe prima Schir- lung Dtzd.	30 ^{3/4}	Gummiband prima Qualität Mtr.	1 ⁶⁵
Hosenknöpfe Dtzd.	40, 30 ^{3/4}	Wäschebändchen weiß Meter	55, 45 ^{3/4}
Hosen-Haken u. -Augen schwarz und weiß 2 Paar	5 ^{3/4}	Wäschelanguette glatt weiß Meter	35 ^{3/4}
Herren-Kragenhalter Stück	25 ^{3/4}	Wäschelanguette weiß-rot Meter	55 ^{3/4}
Schuhknöpfer Stück	10 ^{3/4}	Wäschelanguette m. Hohlis. Meter	95, 75 ^{3/4}
		Stopfvlst „schwarz“ Knäuel	55 ^{3/4}

Spitzen und Stickereien

Cambric-Stickerei 2—2 ^{1/2} cm Meter	2.45, 2 ²⁵	Unterrock-Stickerei mit Säumchen u. Einsatz, ca. 25 cm br., Mtr.	13 ⁵⁰
Cambric-Stickerei 5—7 cm Meter	5.20, 4 ⁵⁰	Unterrock-Stickerei Madapolame, ca. 20 cm br., Meter	14 ⁵⁰
Ein Posten Tüllspitzen, weiß u. crem, 6—16 cm breit Meter	6.50, 4.50, 2 ⁵⁰	Unterrock-Volant 40 cm breit Meter	19 ⁷⁵

FREYMAN

3795)